

**Antrag 2023/A/13****Jusos RLP****Endlich richtig ausbilden!**

1 Höhere Vergütung:  
2 Wir fordern eine höhere Vergütung von  
3 Auszubildenden, welche Netto im 1. Lehr-  
4 jahr mindestens die Höhe des aktuellen  
5 BAföG-Höchstsatzes beträgt und bei Bes-  
6 serstellung der Auszubildenden auf min-  
7 destens die branchenabhängige tarifliche  
8 Ausbildungsvergütung von 80% steigt. Die  
9 Steigerung der Ausbildungsvergütung mit  
10 Erreichen eines höheren Lehrjahres soll  
11 weiter bestehen bleiben und um mindes-  
12 tens 10% pro Lehrjahr steigen.  
13 Anhebung der (Mindest-)Ausbildungsver-  
14 gütung:  
15 In vielen Reden zum Thema Ausbildung  
16 wird die Floskel „Ausbildungen sollten dem  
17 Studium gleichgestellt werden“ verwen-  
18 det. Wir fordern, dass dem endlich Taten  
19 folgen. Es kann nicht sein, dass Auszubil-  
20 dende für teilweise weniger als Bürger\*in-  
21 nengeld lernen und arbeiten, wenn sie oft  
22 über 40 Stunden in der Woche im Betrieb  
23 sind und neben dem Erlernen ihres Be-  
24 rufs als eine wichtige unterstützende Ar-  
25 beitskraft für ihre Kolleg\*innen fungieren.  
26 Diese Arbeitsleistung muss gewürdigt wer-  
27 den! Für Student\*innen liegt der BAföG-  
28 Höchstsatz aktuell bei monatlich 934€, die  
29 Mindestausbildungsvergütung liegt jedoch  
30 bei nur 620€ pro Monat. Es ist unserer Mei-  
31 nung nach nicht zu erklären, dass Auszubil-  
32 dende, die neben ihrer Lehre auch Leistun-  
33 gen in Betrieben erbringen, am Ende des  
34 Monats finanziell schlechter gestellt sind  
35 als Studierende.  
36 Daher fordern wir:

**Empfehlung der Antragskommission****Erledigt**

Erledigt durch Beschluss und Annahme  
des Antrages 2023/I/5 am 4. November  
2023 auf dem Landesparteitag der SPD  
Rheinland-Pfalz.

37 Eine Ausbildungsvergütung, die...

38 - Im 1. Lehrjahr mindestens die Höhe des ak-

39 tuellen BAföG-Höchstsatzes beträgt

40 - Bei Besserstellung des Azubis auf mindes-

41 tens die branchenabhängige tarifliche Aus-

42 bildungsvergütung von 80% steigt

43 - Sich mit Erreichen jedes höheren Lehrjah-

44 res um mindestens 10% erhöht.

45 Kontrolle/Beschwerde Anlaufstelle:

46 Wir wollen eine unabhängige Beschwerde-

47 /Kontroll-Anlaufstelle auf den Weg brin-

48 gen, da viele der schon bestehenden Rech-

49 te der Auszubildenden heute nicht einge-

50 halten werden. Dies betrifft zum Beispiel

51 nicht erfasste Überstunden, Aufgaben ab-

52 seits der Ausbildungsinhalte. So hat die

53 Beschwerde-Anlaufstelle die primäre Auf-

54 gabe, an jede\*n Auszubildende\*n heran-

55 zutreten und ein verpflichtendes Einzelge-

56 spräch mit den Auszubildenden zu führen.

57 In diesem Gespräch, das alle sechs Monate

58 stattfinden, ist eine Checkliste auszufüllen,

59 welche Aufschluss über die Qualität/Zu-

60 friedenheit der Ausbildung und mit dem

61 Betrieb gibt. Außerdem soll das Berichts-

62 heft in geringen Abständen von dieser

63 unabhängigen Stelle kontrolliert werden,

64 um Missstände schneller erkennen zu kön-

65 nen. Diese Beschwerde-Anlaufstelle soll

66 den zuständigen Kammern untergeordnet

67 sein und BBSen/anderen Schulen angesie-

68 delt sein. Die Kontrolle und Beschwerde-

69 Anlaufstelle hat die primäre Aufgabe, den

70 in den Beschwerden festgestellten Miss-

71 ständen nachzugehen. Dazu zählt z.B. das

72 unangekündigte Recht, Betriebe unange-

73 kündigt zu besuchen, um sich selbst ein

74 Bild von der Qualität der Ausbildung zu

75 machen und z.B. mit der Ausbildungslei-

76 tung zu reden. Neben dieser Anlaufstel-

77 le soll ein verpflichtender Lehrgang zu Be-  
78 ginn der Ausbildung eingeführt werden, in-  
79 dem die neuen Auszubildenden über ih-  
80 re Rechte und Pflichten aufgeklärt werden,  
81 damit sie jene Missstände innerhalb ihrer  
82 Ausbildung schneller erkennen und sie bei  
83 den entsprechenden Stellen melden kön-  
84 nen. Die Rechte und Pflichten von Auszu-  
85 bildenden sollen weiterhin Bestandteil des  
86 Sozialkundeunterrichts sein und prüfungs-  
87 relevant bleiben. Ausbildung und nicht Aus-  
88 beutung! Firmen kontrollieren sich und ih-  
89 re Ausbildungsqualität praktisch selbst. Be-  
90 richtsheftseiten werden nur unterschrie-  
91 ben, wenn Aufgaben wie “Hof kehren”, “für  
92 den Chef einkaufen” etc. nicht drinstehen.  
93 Diese systematische Ausnutzung von Aus-  
94 zubildenden kann nicht sein und wir dürfen  
95 nicht einfach wegschauen! Auszubildende  
96 müssen mehr über ihre Rechte wissen und  
97 sich bei einer unabhängigen Anlaufstelle  
98 beschweren können, ohne Konsequenzen  
99 fürchten zu müssen.

100 Daher fordern wir:

101 Eine unabhängige Beschwerde-/Kontroll-  
102 Anlaufstelle, die...

103 - verpflichtende Einzelgespräche mit den  
104 Auszubildenden führt, die alle sechs Mona-  
105 te stattfinden sollen

106 - regelmäßig Besuche in Ausbildungsbe-  
107 trieben durchführt und das Berichtsheft  
108 kontrolliert

109 - dauerhafte in der Berufsschule/anderen  
110 Schulen als Ansprechpartnerin vertreten ist  
111 Unbefristete Übernahme ohne Probezeit:

112 Auszubildende sind nach bestandener Ab-  
113 schlussprüfung grundsätzlich im erlernten  
114 Beruf unbefristet, in Vollzeit und ohne er-  
115 neute Probezeit zu übernehmen.

116 Ausnahmen gelten nur, wenn die Unzu-

117 mutbarkeit der Weiterbeschäftigung er-  
118 kennbar ist.

119 Dies könnte folgende Gründe haben:

120 - Personen- oder verhaltensbedingte Grün-  
121 de

122 - Dringende betriebliche Gründe (fehlende  
123 freie Arbeitsplätze)

124 - Auftragslage

125 Falls der\*die Arbeitgeber\*in den\*die Aus-  
126 zubildende\*n nach Beendigung der Ab-  
127 schlussprüfung nicht weiter beschäftigen  
128 kann, muss er\*sie sich mit dem Betriebs-  
129 rat und bei Bestehen mit der JAV zusam-  
130 mensetzen, um Lösungen oder andere Be-  
131 schäftigungsmöglichkeiten zu finden. Soll-  
132 te es aufgrund der Betriebsgröße keinen  
133 Betriebsrat geben, so werden diese Auf-  
134 gaben durch Vertreter\*innen der jeweili-  
135 gen Kammer, wie zum Beispiel den Aus-  
136 bildungsberater\*innen, übernommen. Zu-  
137 dem fordern wir, dass nach dem Abschluss  
138 der Berufsausbildung eine Übernahmever-  
139 pflichtung von sechs Monaten besteht.  
140 Das hat den Vorteil, dass der\*die ehe-  
141 malige Auszubildende bei Nichtübernah-  
142 me ausreichend Zeit hat, sich auf ande-  
143 re Stellen zu bewerben und Berufserfah-  
144 rung sammeln kann. Dieser Übernahme-  
145 zeitraum kann auf Wunsch des\*der (ehe-  
146 maligen) Auszubildenden verkürzt werden.  
147 Auszubildende werden immer öfter im Un-  
148 klaren über ihre Chancen auf Übernah-  
149 me und Weiterbeschäftigung im Unterneh-  
150 men gelassen, wodurch sie in der entschei-  
151 denden Prüfungsphase einer zusätzlichen  
152 Belastung ausgesetzt sind. Auszubildende  
153 lernen nicht nur für die Prüfung, sondern  
154 müssen sich gleichzeitig auch noch auf  
155 eine neue Stelle bewerben, um nicht ar-  
156 beitslos zu werden. Diesen Zustand kön-

157 nen wir nicht befürworten, sondern müs-  
158 sen dagegenhalten, damit Auszubildende  
159 nicht mehr dieser Doppelbelastung ausge-  
160 setzt sind.

161 Daher fordern wir:

162 - Prinzipiell eine Pflicht zur unbefristeten  
163 Übernahme (außer es gibt gute Gründe die  
164 dem entgegenstehen, Bsp. zu geringe Auf-  
165 tragslage).

166 - Keine erneute Probezeit nach der Ausbil-  
167 dung sofern man vom Ausbildungsbetrieb  
168 übernommen wird, verkürzte Probezeiten  
169 während der Ausbildung in Berufen, in de-  
170 nen ein Betriebswechsel üblich ist (Bspw.  
171 Landwirt\*in, Winzer\*in).

172 - Eine klare Regelung der Übernahme. Be-  
173 triebe sollen verpflichtet werden, mindes-  
174 tens ein halbes Jahr vor der Abschlussprü-  
175 fung zu erklären, ob sie den\*die Auszubil-  
176 dende\*n übernehmen können und wollen.  
177 Weiterhin sollte es, um die stressige Zeit  
178 der Prüfungsphase nicht auch noch mit ei-  
179 nem drohenden Betriebswechsel zu belas-  
180 ten, eine halbjährige Übernahmeverpflich-  
181 tung geben. Damit nach der bestandenen  
182 Prüfung Zeit für Bewerbungen in andere  
183 Betriebe ist.

184 Zukunftsfonds Ausbildung

185 Wir fordern in Rheinland-Pfalz einen Aus-  
186 bildungsumlagefonds (Zukunftsfonds), der  
187 branchenspezifisch aufgebaut ist. Dadurch  
188 sollen mehr betriebliche Ausbildungsplät-  
189 ze geschaffen werden. Ebenso soll der  
190 Zukunftsfonds Ausbildung in Rheinland-  
191 Pfalz ansässige Unternehmen, Betriebe, Be-  
192 triebsteile und Betriebsstätten dabei un-  
193 terstützen, Auszubildende zu finden und  
194 die Ausbildungsqualität im Allgemeinen zu  
195 verbessern. Zudem sollen Beratungsange-  
196 bote ausgebaut und verbessert werden,

197 damit weitgehender und bedarfsgerechte  
198 Unterstützung gewährleistet ist.

199 Durch den Zukunftsfonds Ausbildung sol-  
200 len folgende Ziele erreicht werden:

201 - Schaffung von mehr betrieblichen Ausbil-  
202 dungsplätzen

203 - Passgenauere Beratung, damit Ausbil-  
204 dungssuchende und Ausbildungsplatzan-  
205 bieter besser zusammenpassen und zu-  
206 sammenfinden

207 - Erhöhung der Ausbildungsqualität

208 - Durchfallquoten bei der Zwischen/Ab-  
209 schlussprüfung senken

210 - Bessere Integration von Menschen mit be-  
211 sonderen Herausforderungen in die Ausbil-  
212 dungswelt

213 - Schaffung eines solidarischen Ausgleichs  
214 zwischen Ausbildungsplatzanbieter\*innen  
215 und Unternehmen, die keine Ausbildung  
216 anbieten

217 - Bekämpfung des Fachkräftemangels

218 Damit diese Ziele erreichbar sind, möchten  
219 wir mit dem Zukunftsfonds Ausbildung un-  
220 terstützen:

221 - Unternehmen, Betriebe, Betriebsteile und  
222 Betriebsstätten, die in RLP ansässig sind  
223 und die Ausbildungsbetriebe sind

224 - Unternehmen, Betriebe, Betriebsteile und  
225 Betriebsstätten, die in RLP ansässig sind  
226 und ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen  
227 können

228 - Unternehmen, Betriebe, Betriebsteile und  
229 Betriebsstätten, die in RLP ansässig sind  
230 und für die Ausbildung nötige Rahmen-  
231 bedingungen nicht erfüllen können (Bei-  
232 spielsweise ein kleiner KFZ Betrieb, der kei-  
233 ne Toiletten Möglichkeiten für eine FINTA  
234 Person hat)

235 - Unternehmen, Betriebe, Betriebsteile und  
236 Betriebsstätten, die in RLP ansässig sind,

237 bei der Ausbildung von Personen mit be-  
238 sonderen Herausforderungen

239 - Bedarfsgerechte Unterstützung für  
240 Schüler\*innen und unvermittelbare Bewerber\*innen im Übergangssystem zwischen  
241 Schule und Ausbildung mit Ausbildungs-  
242 platzanbieter\*innen gewähren

244 - (Monats-)Praktika in Unternehmen, Be-  
245 trieben, Betriebsteilen und Betriebsstätten,  
246 die in RLP ansässig sind für Auszubildende  
247 aus außerbetrieblichen Ausbildungen (zur  
248 Vermittlung praktischer Inhalte).

249 - Erhöhung der Quote von Unternehmen,  
250 Betrieben, Betriebsteilen und Betriebsstät-  
251 ten, die in RLP ansässig sind, die den Aus-  
252 bilderschein für Mitarbeiter\*innen kosten-  
253 los anbieten

254 Aufbau des Zukunftsfonds Ausbildung:

255 - Der Fonds soll sich neben den jährlich fest-  
256 gelegten Beiträgen der in RLP ansässigen  
257 Unternehmen, Betriebe, Betriebsteile und  
258 Betriebsstätten auch aus einer Unterstüt-  
259 zung des Landes zusammensetzen, die ca.  
260 10 % des gesamten Fondsvolumens betra-  
261 gen soll

262 - Der Zukunftsfonds Ausbildung soll bran-  
263 chenspezifisch aufgebaut sein. Jede Bran-  
264 che wird hierbei von den Sozialpartner\*in-  
265 nen für die Branche betreut, koordiniert  
266 und kontrolliert

267 - In den Fonds zahlen alle in RLP ansässigen  
268 und eine Minimalgröße nicht unterschrei-  
269 tenden Unternehmen, Betriebe, Betriebs-  
270 teile und Betriebsstätten ein

271 - Die Höhe der Zahlungen in diesen Fonds  
272 ist von der Größe des einzahlenden Betrie-  
273 bes abhängig. Sie darf eine festgelegte Ma-  
274 ximalsumme dennoch nicht überschreiten

275 - Jede\*r Ausbildungsplatzanbieter\*in be-  
276 kommt, je nach Branche und Förderfähig-

277 keit der auszubildenden Person, jährlich ei-  
278 ne Summe an Fördermitteln aus dem Fonds  
279 ausgezahlt. Die jeweilige Höhe der Förde-  
280 rung der Branche wird von den Sozialpart-  
281 ner\*innen der jeweiligen Branche festge-  
282 legt und muss dem Ministerium für Ar-  
283 beit, Soziales, Transformation und Digitali-  
284 sierung begründet werden. Das Ministeri-  
285 um besitzt ein Vetorecht und kann die So-  
286 zialpartner\*innen auffordern, die Höhe der  
287 Fördermittel zu korrigieren

288

289 Durch die Branchenspezifizierung wird die  
290 Umlage noch wirkungsvoller. Auch Studien  
291 (Schuß 2022: S. 14-16) zeigen, dass diese effi-  
292 zienter/erfolgreicher sind, insofern die Um-  
293 lage an den jeweiligen Sektor angepasst  
294 ist. Neben der Förderung für Auszubilden-  
295 de haben Betriebe jedoch auch noch an-  
296 dere Möglichkeiten, Unterstützung (oben  
297 genannte) aus dem Zukunftsfonds Ausbil-  
298 dung zu beantragen. Die Zuständigkeit der  
299 Förderungen liegt bei den Sozialpartner\*in-  
300 nen jeder Branche, sofern die Förderung  
301 eine branchenspezifische ist. Sollte dies  
302 nicht der Fall sein, ist das Ministerium für  
303 Arbeit, Soziales, Transformation und Digi-  
304 talisierung zuständig und kann Förderun-  
305 gen bewilligen. Kosten, die beispielswei-  
306 se durch Verwaltung, Zahlungsabwicklun-  
307 gen oder Softwareentwicklungen verwen-  
308 det werden, sollen aus dem Fonds finan-  
309 ziert werden, soweit diese nicht bereits oh-  
310 nehin durch Haushaltsmittel gedeckt sind.  
311 Berufsberatung an Schulen Wir fordern, das  
312 Thema Ausbildung frühzeitig in den Schu-  
313 len zu einem festen Bestandteil des Unter-  
314 richts und des schulischen Alltages zu ma-  
315 chen.

316 Wir sehen drei Punkte als besonders wich-

317 tig an:

318 1. Ein jährliches, verpflichtendes Schul-  
319 praktikum für Schüler\*innen ab dem  
320 8. Schuljahr. Der Zeitraum, indem das  
321 Praktikum stattfindet, soll vom Kultus-  
322 ministerium frühestmöglich verkündet  
323 werden, aber mindestens in den Sommer-  
324 ferien zu dem vorangehenden Schuljahr.  
325 So können sich Schulen, Schüler\*innen  
326 und Betriebe bessere Voraussetzungen  
327 frühzeitig darauf vorzubereiten.

328 2. Die Agentur für Arbeit soll einen festen  
329 Platz im Schulalltag haben. Neben einem  
330 Beratungsangebot an jeder Schule fordern  
331 wir auch eine jährliche verpflichtende Be-  
332 rufsberatung für jede\*n Schüler\*in ab der 8.  
333 Klasse bis zu seinem\*ihren Schulabschluss.

334 3. Mehr Kooperationen zwischen Betrie-  
335 ben und Schulen. Wir möchten diese Ko-  
336 operationen weiter ausbauen. Wir sehen  
337 große Vorteile, wenn Schulen und Betrie-  
338 be zusammenarbeiten. So können z.B. bes-  
339 ser Berufe vorgestellt werden und Schü-  
340 ler\*innen, die kein Praktikum gefunden ha-  
341 ben, an diese Kooperationsbetriebe vermit-  
342 telt werden, damit alle ein Praktikum er-  
343 langen. Schulische Praktika werden oft be-  
344 lächelt, aber helfen sehr vielen Schüler\*in-  
345 nen bei der Wahl des richtigen Berufes.  
346 Deshalb muss es hier eine bessere Zusam-  
347 menarbeit zwischen Schulen und Ausbil-  
348 dungsbetrieben geben, damit zum einen  
349 Berufe in Schulen besser vorgestellt wer-  
350 den und zum anderen auch die Schüler\*in-  
351 nen, die selbstständig keinen Praktikums-  
352 platz bekommen haben, hier gut unterge-  
353 bracht werden können.

354 Deshalb fordern wir:

355 - Mehr Praktika während der Schulzeit

356 - Bessere Kooperationen zwischen Schule

357 und Ausbildungsbetrieben

358 Ausweitung des Berufsabiturs

359 Wir fordern die bundesweite Erweiterung  
360 des 2017/2018 in 6 Bundesländern stattfin-  
361 den Pilotprojekts „Berufsabitur“. Hier kann-  
362 ten Schüler\*innen innerhalb von 4 Jah-  
363 ren eine Ausbildung plus Abitur vollenden.  
364 Dies nutzt vor allem Schüler\*innen, die sich  
365 während ihrer Schulzeit schon sicher über  
366 ihre Berufswahl waren, sich aber die Mög-  
367 lichkeit offen lassen wollen, an einer Uni-  
368 versität zu studieren, als Erweiterung zu ih-  
369 rer Ausbildung oder in einem anderen Be-  
370 reich. Nach der bundesweiten Ausweitung  
371 des Berufsabiturs muss dies ein klarer Be-  
372 standteil in der Ausbildungswelt werden.  
373 Dies kann nur gelingen, wenn das Konzept  
374 bundesweit an den Berufsschulen angebo-  
375 ten werden kann und wenn Betriebe und  
376 Schüler\*innen darauf hingewiesen werden,  
377 dass es diese Möglichkeit gibt. Dieses Kon-  
378 zept bietet eine weitere Möglichkeit für  
379 Schüler\*innen eine gute Grundlage für ein  
380 Studium zu schaffen. Neben dem fürs Stu-  
381 dium an einer Universität wichtigen Abitur  
382 bekommt man auch noch die Einblicke aus  
383 der Ausbildung und hat somit viele Vorteile.  
384 Zudem verdient man in der gesamten Zeit  
385 über Geld und ist nicht mehr so sehr von  
386 den Eltern etc. abhängig.

387 Daher fordern wir:

388 - Auswertung, sowie Ausweitung des Pilot-  
389 projektes

390 - Stetige Evaluation der Möglichkeiten, wie  
391 das Ausbildungssystem und die Ausbildun-  
392 gen verbessert werden können, unter Ein-  
393 beziehung von Modellen und Pilotprojek-  
394 ten

395 Angebote für psychische Beratung und An-  
396 laufstelle für Auszubildende Mentale Ge-

397 sundheit ist ein Thema, das in der gesam-  
398 ten Gesellschaft immer noch tabuisiert ist.  
399 Für uns ist klar, dass die Zeiten des Tabus  
400 vorbei sind - gerade beim Thema Ausbil-  
401 dung. Die Zeit nach dem Schulabschluss  
402 und dem Beginn der Ausbildung, aber auch  
403 während der Ausbildung ist eine Zeit gro-  
404 ßer Umbrüche in den Leben der jungen Leu-  
405 te. Das Zusammenarbeiten mit Kolleg\*in-  
406 nen, der Wegfall der gemeinsamen Zeit mit  
407 Freund\*innen und viele weitere Gegeben-  
408 heiten können eine psychische Belastung  
409 für Auszubildende sein. Aber auch die Prü-  
410 fungsphasen sind sehr belastende Zeiten.

411 Daher fordern wir:

412 - Eine psychische Beratung und Anlaufstelle  
413 für Auszubildende

414 - Eine Entzerrung von Prüfungs- und ande-  
415 ren Stressphasen von Auszubildenden.

416

417 **Begründung**

418 Erfolgt vor Ort